

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/172

Bonn, den 11. September 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Nobel</u> Zum Entschluß des Bundespräsidenten	23
	<u>Ausgewichen</u> Niedersachsens CDU und ihre SPD-Peckler	23
2 - 3	<u>Gemeinnütziger Wohnungsbau</u> Kernpunkt sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik	87
4	<u>Italiens Sozialisten vor der Großen Koalition?</u> Viele Strömungen - ein Ziel Von Dr. Hans Apel, MdB	42
5 - 6	<u>Mehr Wissenschaft in der Entwicklungshilfe</u> Universitätspartnerschaft Kabul-Köln-Böckum-Bonn-Afghanistan als ein Modellfall Von Heinz Ockhardt	99

* * *

*

Nobel

Zum Entschluß des Bundespräsidenten

sp - Bundespräsident Heinrich Lübke hat mit dem Entschluß seines vorzeitigen Rücktritts der deutschen Politik einen großen Dienst erwiesen. Auf seine Weise sorgte er dafür, daß die Wahl des nächsten Bundespräsidenten nicht zum Gegenstand von Auseinandersetzungen im Bundestagswahlkampf werden kann. Das ist ein nobler Entschluß, dem Träger eines Amtes würdig, der über den Parteien stehen soll. Der Bundespräsident hat mit dieser Entscheidung auch seinem Nachfolger einen großen Dienst erwiesen, der nunmehr nicht in die peinliche Lage gebracht werden kann, seine Person und sein Amt in dem Wahlkampf verstrickt zu sehen. Das wird sich für den künftigen Bundespräsidenten und damit für das Ansehen unseres demokratischen Staates günstig auswirken.

Die Parteien sind nun aufgerufen, den ihnen für das hohe Amt des Bundespräsidenten am geeignetsten erscheinenden Mann zu erwählen und dem wohl bald nach Beginn des kommenden Jahres zusammentretenden Bundesversammlung als neues Staatsoberhaupt vorzuschlagen. Gewiß wird es auch jetzt nicht an Kombinationen und Gerüchten fehlen; niemand kann in einem demokratischen Staat der Presse untersagen, auch ihrerseits Überlegungen zu äußern, wer wohl der beste Mann an der Spitze des Staates sein könnte. Es wäre aber gut, wenn dies mit der notwendigen Fairness und dem Blick für das Ganze geschehen würde. Die Voraussetzungen dafür, daß dies möglich ist, hat Bundespräsident Lübke gegeben.

Ausgewichen

Niedersachsens CDU und ihre NPD-Packler

sp - Die letzte Entscheidung liegt beim Bundesparteigericht der CDU, die Entscheidung darüber, ob jene CDU-Mitglieder, die in Niedersachsen Listenverbindungen mit der NPD eingegangen sind, noch weiter das Mitgliedsbuch der CDU besitzen oder für diese Partei auftreten dürfen. Die niedersächsischen Sozialdemokraten haben schnell gehandelt, als sie erfuhren, daß auch zwei Angehörige ihrer Partei den politischen Anstand verloren und mit der NPD gepackelt haben. Einer von den beiden hat inzwischen öffentlich bekundet, er werde, sollte er auf der NPD-Liste gewählt werden, das Mandat nicht annehmen; gegen den anderen schwebt ein Ausschlußverfahren. Das CDU-Parteigericht des Landesverbandes Hannover dagegen bescheinigte jenen CDU-Mitgliedern, die mit der NPD gemeinsam auf einer Liste stehen, k e i n parteischädigendes Verhalten und lehnte deshalb den Antrag auf Ausschluß ab.

Pürwahr, ein erstaunliches Verhalten eines Parteigerichts, das über die politische Sauberkeit von Parteiangehörigen zu befinden hat. Weiß dieses Parteigericht nicht, welch unliebsame, das Ansehen der Bundesrepublik schädigendes Aufsehen die Listenverbindungen mit der NPD in der Welt ausgelöst haben? Es sollte sich vom CDU-Bundesinnenminister Benda belehren lassen, der deswegen während seiner Amerika- und Israel-Reise ins Kreuzfeuer peinlicher Fragen geriet. Noch kann das oberste Parteigericht der CDU den Schaden durch Ausschluß wieder gut machen. Dies gebietet schon demokratische Grundsatztreue.

Gemeinnütziger Wohnungsbau

Kernpunkt sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik

R.W.- Von den über 10 Millionen Neubauwohnungen, die in der Bundesrepublik nach 1945 entstanden sind, wurden rund ein Drittel von den 2139 gemeinnützigen Wohnungsunternehmen errichtet. Sie haben sich damit bei der großen Wiederaufbauleistung unter schwierigsten Verhältnissen erneut bewähren können. Mit ihren Leistungen sind die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen zum größten Bauträger des öffentlich geförderten Wohnungsbaues nach dem Kriege geworden.

Gemeinnützige Wohnungsunternehmen gibt es in Deutschland bereits seit mehr als 100 Jahren. Sie erbauen, bewirtschaften und verkaufen Wohnungen in den verschiedensten Wohnformen (Mietwohnungen, Eigentumswohnungen, Eigenheime usw.). Sie erfüllen diese Aufgabe in sozialer Selbstverantwortung und unter sozialen Bindungen im Rahmen selbstgeschaffener und staatlicher Richtlinien. Seit ihrem Bestehen verfolgen sie das gleiche Ziel: Den Bau von technisch, kulturell und sozial fortschrittlichen, gesunden Wohnungen zu tragbaren Bedingungen für die breiten, auf ihr Arbeitseinkommen angewiesenen Schichten unserer Bevölkerung.

Ohne Erwerbsvorteile

Die Vermietung und Bewirtschaftung der Wohnungen erfolgt entsprechend den öffentlich-rechtlichen Auflagen und den gemeinnützigkeitsrechtlichen Vorschriften unter Verzicht auf erwerbswirtschaftliche Vorteile, d.h. zu Preisen, die zur Deckung der eigenen laufenden Aufwendungen erforderlich sind. So schließen die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen mit ihren Mietern grundsätzlich Dauermietverträge ab, Mietverträge also auf Lebenszeit. Sie enthalten den einseitigen freiwilligen Verzicht des Vermieters auf jede Kündigung ohne wichtigen Grund. Das bedeutet einen weitgehenden Schutz des Mieters über das allgemein übliche Maß hinaus.

Gemeinnütziger Wohnungsbau ist eine soziale Aufgabe, die nur dann sinnvoll gelöst werden kann, wenn sie mit dazu beiträgt, durch Bereitstellung von angemessenen Wohnräumen die allgemeinen Lebensverhältnisse zu verbessern. Die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen haben mit ihrer fortschrittlichen Arbeit diese Aufgabe stets erfüllt. Ansprüche und Bedürfnisse mögen sich ändern, es verbleibt aber immer die wohnungsreformerische Idee als ständiger Auftrag, mit den jeweils gegebenen Möglichkeiten und Erkenntnissen bessere Lebensbedingungen zu schaffen.

Häuser und Wohnungen sind langlebig. Wir bauen sie heute, sie sollen jedoch für Generationen angemessene und zufriedenstellende Keimstatt sein. Die Bewohner aber, ihre Umwelt und ihre Lebens-

Verhältnisse unterliegen einem fortwährenden Wandel. Die Ansprüche an den Wohnwert und den Standard steigen ständig. Es gilt, Schritte zu halten mit dieser Entwicklung, ihr nach Möglichkeit vorauszu-eilen.

Die Aufgeschlossenheit der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen zeigt sich insbesondere in den von ihnen mit Nachdruck verfolgten Rationalisierungsbestrebungen. "Hessen vorn" gilt gerade auch in diesem Bereich. So steht Hessen im Bau von Wohnungen aus industriell vorgefertigten Teilen mit an der Spitze der Bundesrepublik.

Ist auch die dringendste Wohnungsnot weitgehend beseitigt, der Bedarf an familiengerechten und modernen Wohnungen zu tragbaren Bedingungen, hält, insbesondere im Rhein-Main-Gebiet, unverändert an. In Hessen sind es nach einer Untersuchung des hessischen Innenministeriums noch etwa 63 000 Familien, die ihre Hoffnung auf den gemeinnützigen sozialen Wohnungsbau setzen, von dem sie allein eine Besserung ihrer Lebensbedingungen erwarten können. Zu diesem vorhandenen Bedarf kommt durch Eheschließung und Zuwanderung ständig neuer Bedarf hinzu.

Außerdem leben noch Unzählige in überalterten und sanitär unzureichenden Wohnungen, in die zum Teil zu keiner Jahreszeit direkte Sonnenstrahlen gelangen. Es ist deshalb irringend notwendig, die Aufgaben der Stadt- und Dorferneuerung in die Finanzplanung für die nächsten Jahre fest zu verankern und das gesetzliche Instrumentarium für diese große Zukunftsaufgabe, die auch dem gemeinnützigen Wohnungsbau neue Akzente setzen wird, zu schaffen. Fortschrittlicher Wohnungsbau bedeutet auch hier, diese Entwicklung vorzusehen und ihr im richtigen Zeitpunkt Rechnung zu tragen.

Zusätzliche Mittel

Die Fortführung des sozialen Wohnungsbaues mit dem Ziel, den breiten Schichten unserer Bevölkerung ein angemessenes Wohnen zu tragbaren Bedingungen zu ermöglichen, ist einer der Kernpunkte sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch das vor wenigen Wochen verabschiedete "Gesetz zur Fortführung des sozialen Wohnungsbaues" zu sehen, wenn es auch den einen oder anderen Betroffenen auf den ersten Blick verstimmt haben mag. Dieses neue Gesetz, das eine Erhöhung der Mieten der bis zum 31. Dezember 1959 geförderten Sozialwohnungen zur Folge hat, erschließt in nicht unbedeutendem Umfang neue Geldquellen zum Bau von weiteren fortschrittlichen Wohnungen für diejenigen unserer Mitbürger, die noch immer "draußen vor der Tür" stehen. Die Nettomieten der Wohnungen, bei denen in Kürze eine Erhöhung eintreten wird, liegen derzeit im Durchschnitt zwischen 1,20 DM und 1,60 DM, so daß eine Erhöhung bis um 30 bzw. 35 Pfennig (als Obergrenze) nur in wenigen Fällen zu Härten führen dürfte. Und in diesen Fällen hilft das Wohngeld als unverzichtbarer sozialer Ausgleichsfaktor.

Italiens Sozialisten vor der Großen Koalition?

Viele Strömungen - ein Ziel

Von Dr. Hans Apel, MdB

Die italienischen Parlamentswahlen im Frühjahr dieses Jahres hatten ein Ergebnis gebracht, das die Regierungsbildung erschweren mußte. Theoretisch waren zwar drei Möglichkeiten gegeben: 1) Die Mitte-Rechts Koalition von den Christdemokraten über die Liberalen und die Monarchisten bis hin zu den Neofaschisten, 2) die Wiederauflage der Mitte-Links Koalition von Christdemokraten, Sozialisten und Republikanern, 3) eine Koalition von Christdemokraten und Kommunisten.

Möglichkeit eins und drei scheiden aber praktisch aus. Eine Koalition der Christdemokraten bis hin zu den Neofaschisten stünde politisch auf tönernen Füßen. Die Koalition mit den Kommunisten wird zwar in diesen Tagen von manchen Aduressen der römischen Szene als Möglichkeit beschworen, tatsächlich handelt es sich um kaum mehr als den Versuch, die Sozialisten schneller und "billiger" für eine neue Mitte-Links Koalition zu gewinnen.

Die Kommunisten wären zwar um fast jeden Preis zu einer Regierungsteilnahme bereit. Die Ereignisse in der CSSR haben diesen Wunsch nur beflügelt. Die Christdemokraten wollen aber ernsthaft eine Annäherung an die Kommunisten nicht. Die italienische Wählerschaft ist so sehr traditionell bestimmt, daß eine Allianz zwischen Kommunisten und Christdemokraten Schockwirkung hätte und nach entsprechenden Meinungsumfragen mehr als 50 Prozent der christdemokratischen Wählerschaft in Gegensatz zur Partei bringen würde und einen politischen Erdbeben zur Folge haben könnte.

Für die politische Zukunft Italiens hat deshalb der Kongreß der italienischen Sozialisten am 23. Oktober eine große Bedeutung. Auf ihm wird entschieden werden, ob die Sozialisten wieder in eine Koalition eintreten werden, um die antierrende Minderheitsregierung Leone abzulösen. Zur Zeit gibt es in der Partei fünf Strömungen. Vier haben sich zu unterschiedlichen Bedingungen auf eine Regierungsbeteiligung festgelegt. Lediglich der linke Flügel mit etwa sieben Prozent der Delegierten des Kongresses ist strikt gegen eine Koalition mit den Christdemokraten. Diese große Mehrheit ist nicht zuletzt dadurch entstanden, daß anderenfalls Neuwahlen angesetzt werden müßten. Sie könnten aber den Sozialisten erneut Verluste bringen, ohne die Voraussetzungen für eine Regierungsbildung zu ändern.

Dennoch werden die Koalitionsverhandlungen schwierig und langwierig werden. Den Sozialisten muß es darum gehen, ihre gesellschaftspolitischen und ökonomischen Forderungen eindeutig im Koalitionsvertrag zu verankern. Nicht zuletzt deswegen, um ihre Anhänger und Parteimitglieder mit diesem Schritt politischer Vernunft zu versöhnen.

Mehr Wissenschaft in der Entwicklungshilfe

Universitätspartnerschaft Kabul-Köln-Bochum-Bonn-Afghanistan
als ein Modellfall

Von Heinz Ockhardt

Storai Nawabi, 26, aus der afghanischen Hauptstadt Kabul gekommen, studiert als einziges afghanisches Mädchen Zoologie, und das in Bonn. Gegenwärtig beschäftigt sie sich am Institut für angewandte Zoologie der Universität mit Spinnen: Der Lebensweise, Nahrung, Fortpflanzung einer bestimmten Art von Großspinnen gilt ihr Interesse. Unter Anleitung von Dozent Dr. Kullmann zeichnet sie alle Einzelheiten sorgfältig auf. An freien Nachmittagen aber studiert sie im Kölner Zoo praktische Tierpflege von intelligenteren Tieren. Ich traf sie dort mit Dr. Wilhelm Windecker, dem Direktor dieses Tiergartens, als sie einen jungen Schimpansen im Arm hielt, einen Primaten also, Angehöriger der intelligentesten Tiergattung auf diesem Erdball.

Storai ist Mohammedanerin, und das Studium der Zoologie gehört auch unter den Vorkämpferinnen der Gleichberechtigung unter Allahs Sonne nicht gerade zu naheliegenden Wissensgebieten, denen sich junge Mädchen zuwenden. Storai hat ein gutes Argument zur Hand, das bei uns sogar Experten der Entwicklungshilfe wenig oder gar nicht geläufig ist. Entwicklungshilfe oder besser partnerschaftliche Zusammenarbeit muß sich auch auf kulturelle Bereiche erstrecken, die zunächst kein Mehr an landwirtschaftlichen oder industriellen Produkten abwerfen. Denn der Mensch lebt wirklich nicht nur vom Brot allein, und wenn die Menschen der Dritten Welt im 20. Jahrhundert tatsächlich Partner der Menschen der fortgeschritteneren Länder sein sollen, gibt es keine Wissensbarriere für sie nach sogenannten wichtigen oder zunächst angeblich unwichtigen Bereichen.

In der zweiten Augusthälfte 1967 ist der erste Zoo in Kabul von Prinz Nader eingeweiht worden. Deshalb hat Storai ein für eine Frau nicht ganz gewöhnliches Berufsziel: Nach ihrer Promotion in Bonn möchte sie im Kabuler Zoo arbeiten. Vielleicht als Zoodirektor? Das ist nicht so ganz verwunderlich, denn Dr. Kullmann, ihr Lehrer, hat im Rahmen des Partnerschaftsabkommens der Universitäten Bonn-Köln-Bochum mit der Universität Kabul aus dem kleinen Tierbestand des 1964 neu gegründeten zoologisch-parasitären Instituts in Kabul diesen Zoo entwickelt. Dem Zoo soll ein zoologisches Museum angegliedert werden, dessen Präparator Nasukmir Partes werden soll, der gegenwärtig zwei Jahre lang bis November 1968 am Zoologischen Museum Alexander-König in Bonn ausgebildet wird.

Angeichts des Weltproblems Numero eins, die ungleiche Verteilung des Welteinkommens zwischen den armen und den reichen Völkern auszugleichen, wird auch die deutsche Universität sich um Mit-Antworten auf die drängenden Lebensfragen ganzer Völker und Kontinente mehr als bisher bemühen müssen. Die vielschichtige Entwicklungsproblematik hat bisher nach einem Wort von Prof. Dr. Willy Kraus von der Ruhr-Universität nur sehr beschränkt in die deutsche Forschung und Lehre Eingang gefunden. Einige Hochschulen allerdings bemühen sich speziell um das Problem Entwicklungshilfe. So hat sich das Südasiens-Institut der Universität Heidelberg der Forschung im Subkontinent Indien und angrenzenden Ländern angenommen. Das später aktiv gewordene Institut für Entwicklungsfor-

sität Bochum hat Forschungsschwerpunkte in Afghanistan, Indonesien und Taiwan gebildet. Auch die TH Aachen zeigte mit ihrem Forschungsinstitut für Internationale Technisch-Wirtschaftliche Zusammenarbeit Erfolg in der Entwicklungsforschung. Zusammen mit dem Bochumer Institut richteten das Aachener eine gemeinsame Außenstelle an der Osmania-Universität in Hyderabad/Indien ein, die eine spezielle Feldforschung in diesem Raum zusammen mit indischen Forschern und Institutionen ermöglichen und fördern soll. Über landwirtschaftliche Spezialfragen wird an Institut für ausländische Landwirtschaft an der TH Berlin, im Tropeninstitut der Justus-Liebig-Universität Gießen und im Studienzentrum für tropische und subtropische Landwirtschaft an der Universität Göttingen gearbeitet.

Mit dem Institut für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik hat die Ruhr-Universität entsprechend ihrem Leitgedanken einer allseitigen Verflechtung der wissenschaftlichen Disziplinen ein sog. übergreifendes Institut errichtet. Übergreifende Forschung bedeutet die Erforschung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Zusammenhänge und die Erforschung der Voraussetzungen, um die Lebensverhältnisse in den Entwicklungsländern verbessern zu können. Dem Institut fällt damit die Aufgabe zu, wissenschaftliche Grundlagen für eine wirksame Entwicklungspolitik und Entwicklungshilfe zu erarbeiten. So kann es mithelfen, daß die deutschen Mittel zur Entwicklungshilfe gezielt und mit fundiertem Wissen verwendet werden. Das Institut hat sieben Sektionen von der "Nationalen Entwicklungspolitik", der "Internationalen Entwicklungspolitik über Bildungsökonomik" bis zu "Verfassung und Verwaltung" und "Entwicklungssoziologie" gebildet. Mit der Errichtung eines Lehrstuhls für Entwicklungspolitik in der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung hat die Entwicklungspolitik in Bochum auch institutionell einen vollgültigen Platz in Forschung und Lehre erhalten.

Einen weiteren Hauptbeitrag der Universitäten der materiell fortgeschrittenen Länder sieht Prof. Dr. Meyer-Bohm, Leiter der Sektion "Bildungsökonomik", in der Ausbildung von Studenten aus Entwicklungsländern und auch in der Weiterbildung von Wissenschaftlern und Lehrkräften aus diesen Ländern. Dafür bietet die "Kabul-Partnerschaft" der Universitäten Köln-Bonn-Bochum mit der Universität Kabul, in deren Rahmen auch Stora in Bonn studiert, ein anschauliches Modell. Diese drei deutschen Universitäten entsenden in einem jeweils zweijährigen Turnus Mitarbeiter an die Universität Kabul, um dort gemeinsam mit der naturwissenschaftlichen und der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät Studenten auszubilden. Die besten Absolventen der Ausbildung in Kabul studieren an deutschen Universitäten weiter. Das Bochumer Institut betraut zudem seine deutschen Mitarbeiter in Afghanistan gleichzeitig mit Forschungsaufgaben im Landesinneren.

Im Auftrag des Bonner Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit ist das Bochumer Institut gegenwärtig u.a. mit der Ausarbeitung einer Länderstudie "Entwicklung und Entwicklungspolitik in Afghanistan" beschäftigt. Die aus der Studie gewonnenen Erkenntnisse sollen eine wesentliche Grundlage für die Planung der deutschen Entwicklungshilfe bilden. Auch soll eine bessere Koordinierung mit anderen Geberländern ermöglicht werden, die im Falle Afghanistan die USA, die Sowjetunion und die Bundesrepublik Deutschland sind.

+ + +